

Enzkreis (PK). Für den Erhalt des Landesstraßennetz müsse deutlich mehr Geld eingesetzt werden. Darin war sich die Delegation der Regionalverbandsfraktionen und Vertreter der IHK Nordschwarzwald im Gespräch mit der Staatssekretärin Gisela Splett im Stuttgarter Verkehrsministerium einig. Ein weiteres Aufschieben dringend notwendiger Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen würde später mit noch viel höheren Kosten zu Buche schlagen, lautete der Tenor bei dem Treffen. Daher stimmte man überein, dass für Erhalt und die Sanierungsmaßnahmen der Straßenbauhaushalt grundsätzlich einer höheren Finanzausstattung bedarf.

Die Vertreter der Region wiesen, unterstützt von Verbandsdirektor Dirk Büscher und IHK-Geschäftsführer Markus Wexel, darauf hin, dass insbesondere der Katalog der Neu- und Ausbaumaßnahmen bei den Landesstraßen weiterentwickelt werden müsse. Auf

Landesstraßen im Fokus

Delegation aus der Region besucht Staatssekretärin

der Prioritätenliste des Landes stehen unter anderem der Ausbau der Landesstraßen 573 bei Tiefenbronn und Neuhäusern bis zur Calwer Kreisgrenze sowie der Straße zwischen Mühlacker und Ötisheim und die Ortsumgehung von Büchenbronn.

Bei der Priorisierung von Maßnahmen aus Sicht der Wirtschaft solle die Erreichbarkeit der Unternehmen im Ländlichen Raum genauso geachtet werden wie auch Kriterien der Raumordnung und Regionalplanung eine Rolle bei der Auswahl von Neu- und Ausbaumaßnahmen spielen müssten, so die Vertreter der Region. Dies sei er-

forderlich, da in der bisherigen Bewertungsmethodik des Landes eine Benachteiligung ländlicher Räume wie des Nordschwarzwaldes gesehen wür-

Straßen im Enzkreis auf der Prioritätenliste

de. Bei der Bewertung der Dringlichkeit von Maßnahmen sei daher das funktionale Straßennetz des Regionalplans 2015 heranzuziehen, mit dem insbesondere auch im ländlichen Raum der Region ein dichtes höherrangiges Straßennetz zwischen den zentralen Orten gewährleistet und eine hohe Ausbauqualität gesichert werden soll. Ein solches Kriterium ist jedoch in der bisher angewandten Methodik des Landes nicht einbezogen. Die Forde-

rung, die Herleitung der wichtigsten Neu- und Ausbaumaßnahmen im Landesstraßennetz auch auf dieses Kriterium zu stützen, haben auch die landesweite Arbeitsgemeinschaft aller Regionalverbände sowie die zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern beim Land eingefordert. Staatssekretärin Splett sagte zu, dass sich die Fachleute des Ministeriums mit dem Regionalverband und der IHK über diesen Aspekt austauschen werden. Die Vertreter der Region erhoffen sich über eine stärkere Berücksichtigung ihrer Bewertungskriterien passgenauere Einstufungen wichtiger regionaler Projekte. Diskussionsgrundlage für diesen Prozess ist seitens des Regionalverbandes und der IHK die von den Gremien des Regionalverbandes im September verabschiedete Prioritätenliste. Die Regionsvertreter betonten, dass eine gemeinsam entwickelte Prioritätenliste seitens der Region politisch mitgetragen würde.